

Gesetz

Inkrafttreten :

01.01.2008

vom 11. Mai 2007

**über die Wahl der Richterinnen und Richter
und die Aufsicht über sie (RWAG)**

Der Grosse Rat des Kantons Freiburg

gestützt auf die Artikel 86, 121, 125, 127 und 128 der Verfassung des Kantons Freiburg vom 16. Mai 2004;

gestützt auf die Botschaft des Staatsrates vom 12. März 2007;

auf Antrag dieser Behörde,

beschliesst:

1. KAPITEL

Allgemeine Bestimmungen

Art. 1 Gegenstand

Dieses Gesetz regelt die Wahl der Mitglieder der Justiz und der Staatsanwaltschaft (Richterinnen und Richter) und die Aufsicht über sie.

Art. 2 Begriffe

¹ Als Richterinnen und Richter im Sinne dieses Gesetzes gelten:

- a) die Kantonsrichterinnen und -richter, die Richterinnen und Richter der Bezirksgerichte und der vom Gesetz vorgesehenen Spezialgerichte, die Untersuchungsrichterinnen und -richter, die Friedensrichterinnen und -richter sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter;
- b) die Mitglieder der besonderen Verwaltungsjustizbehörden sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter, mit Ausnahme der Mitglieder des Staatsrates und der Mitglieder der als Beschwerdeinstanz urteilenden Verwaltungsbehörden;
- c) die Generalstaatsanwältin oder der Generalstaatsanwalt und die Substituten und Substituten der Staatsanwaltschaft;

- d) die Beisitzerinnen und Beisitzer der Gerichte, der Friedensgerichte und der besonderen Verwaltungsjustizbehörden sowie deren Stellvertreterinnen und Stellvertreter.

² Als Berufsrichterinnen und -richter im Sinne dieses Gesetzes gelten die Richterinnen und Richter, die ihr Amt als Beruf ausüben, unabhängig davon, ob es sich um ein Vollpensum oder ein Teilpensum handelt.

2. KAPITEL

Wahl

Art. 3 Wählbarkeit a) Im Allgemeinen

¹ Als Richterinnen und Richter sind Personen wählbar:

- a) die Schweizer Aktivbürgerinnen oder -bürger oder ausländische Staatsangehörige mit Niederlassungsbewilligung sind;
- b) gegen die keine Verlustschein ausgestellt wurden;
- c) die nicht strafrechtlich verurteilt wurden wegen Handlungen, die mit dem Amt einer Richterin oder eines Richters nicht vereinbar sind.

² Die ausländischen Staatsangehörigen müssen zudem seit mindestens fünf Jahren Wohnsitz im Kanton haben.

³ Die von der Verfassung und vom Gerichtsorganisationsgesetz vorgesehenen Unvereinbarkeiten bleiben vorbehalten.

Art. 4 b) Ausbildung

¹ Die Berufsrichterinnen und -richter müssen im Besitz eines Anwaltspatentes oder eines Lizentiates oder Masters der Rechte sein und sich über genügende praktische Kenntnisse zur Ausübung des vorgesehenen Amtes ausweisen können.

² Diese Anforderungen gelten nicht für die Friedensrichterinnen und -richter.

Art. 5 Verfahren a) Grundsätze

¹ Die Richterinnen und Richter werden auf Stellungnahme des Justizrates vom Grossen Rat gewählt.

² Die Stellen müssen vorgängig ausgeschrieben werden.

Art. 6 b) Aufgaben des Justizrates

¹ Der Justizrat organisiert die Ausschreibung, überprüft die Wählbarkeitsvoraussetzungen und beurteilt die Bewerbungen.

² Er leitet die Bewerbungsunterlagen an den Grossen Rat weiter; dieser unterbreitet sie der Justizkommission zur Stellungnahme.

Art. 7 c) Verfahren vor dem Grossen Rat

¹ Die Richterinnen und Richter werden aus den Bewerberinnen und Bewerbern in Einzelwahl gewählt.

² Die Wahlen werden von der Justizkommission vorbereitet.

Art. 8 Eid oder feierliches Versprechen

¹ Vor Amtsantritt leisten die Richterinnen und Richter vor dem Grossen Rat den Eid oder geben vor ihm das feierliche Versprechen ab, ihr Amt getreu auszuüben.

² Die Wahl wird hinfällig, wenn die gewählte Person den Eid nicht leisten oder das feierliche Versprechen nicht abgeben will.

Art. 9 Wohnsitzpflicht

Die Richterinnen und Richter müssen im Kanton Wohnsitz haben.

3. KAPITEL

Aufsicht

Art. 10 Grundsätze

¹ Die Richterinnen und Richter unterstehen der Aufsicht durch den Justizrat.

² Der Justizrat übt seine Aufsicht von Amtes wegen aus; er stützt sich dabei auf die von ihm gesammelten Informationen, auf Beschwerden und Anzeigen.

³ Liegt ein Sachverhalt vor, der nach Ansicht des Justizrats Anlass zu einer Disziplinar massnahme oder einer anderen Massnahme geben könnte, so eröffnet er ein Verfahren. Er informiert das Kantonsgericht.

Art. 11 Disziplinarrecht
a) Massnahmen

¹ Gegen die Richterinnen und Richter, die ihre Dienstpflichten absichtlich oder fahrlässig verletzen oder deren Verhalten mit der Würde ihres Amtes unvereinbar ist, können folgende Disziplinar massnahmen ergriffen werden:

- a) der Ordnungsruf;
- b) der Verweis;
- c) die disziplinarische Abberufung.

² Zusammen mit dem Verweis kann die Abberufung angedroht werden.

Art. 12 b) Verfahren

¹ Die Disziplinar massnahmen können nur nach einer vom Justizrat geführten Untersuchung ausgesprochen werden. Die betroffene Person wird über die Eröffnung der Untersuchung in Kenntnis gesetzt.

² Die betroffene Person wird mündlich angehört. Nach der Untersuchung kann sie eine schriftliche Stellungnahme einreichen und eine ergänzende Untersuchung beantragen.

³ Im Übrigen sind die Bestimmungen des Verwaltungsrechtspflegegesetzes anwendbar.

Art. 13 c) Zuständigkeit

¹ Der Ordnungsruf und der Verweis werden vom Justizrat ausgesprochen.

² Gelangt der Justizrat nach Abschluss der Untersuchung zur Auffassung, der Sachverhalt könnte eine Abberufung rechtfertigen, so überweist er die Akten dem Grossen Rat; dieser unterbreitet sie der Justizkommission zur Stellungnahme.

³ Er informiert das Kantonsgericht.

Art. 14 d) Verjährung

¹ Das Recht, Disziplinar massnahmen auszusprechen, verjährt zwei Jahre nach Kenntnis des Vorfalles.

² Diese Frist steht während der Dauer eines Strafverfahrens und während eines Beschwerdeverfahrens gegen den Disziplinarentscheid still.

³ In jedem Fall verjährt das Recht, eine Disziplinar massnahme auszusprechen, sieben Jahre nach der Begehung des Verschuldens.

Art. 15 Abberufung

a) Gründe

¹ Ausser aus disziplinarischen Gründen werden die Richterinnen und Richter abberufen, wenn sie:

- a) die Wählbarkeitsvoraussetzungen nicht mehr erfüllen;
- b) sich als unfähig erweisen oder ein anderer Grund vorliegt, der die Belassung im Amt verunmöglicht.

² Wenn die Umstände es erlauben, werden sie vor der Abberufung schriftlich verwarnet.

Art. 16 b) Aufgaben des Justizrates

¹ Das Abberufungsverfahren wird vom Justizrat eröffnet. Im Übrigen ist Artikel 12 anwendbar.

² Der Justizrat kann gemäss den Bestimmungen des Gesetzes über das Staatspersonal, die sinngemäss gelten, die betroffene Person vorläufig in ihrer Tätigkeit suspendieren und die Gehaltszahlungen einstellen.

³ Nach Abschluss der Untersuchung überweist er die Akten dem Grossen Rat; dieser unterbreitet sie der Justizkommission.

Art. 17 c) Verfahren vor dem Grossen Rat

¹ Die Justizkommission prüft die Akten, hört die betroffene Person an und stellt dem Plenum Antrag.

² Die Beratungen und die Abstimmung sind geheim.

³ Der Entscheid wird dem Justizrat mitgeteilt. Er ist endgültig.

4. KAPITEL

Schlussbestimmungen

Art. 18 Übergangsrecht

a) Wahl der Richterinnen und Richter

¹ Die Richterinnen und Richter im Sinne dieses Gesetzes, die gemäss bisherigem Recht ernannt oder gewählt worden sind, werden gemäss neuem Recht wiedergewählt. Das Wahlverfahren wird jedoch ohne Ausschreibung durchgeführt, sofern der Justizrat nicht etwas anderes beschliesst.

² Sie werden auf das Ende ihrer Amtszeit wiedergewählt.

³ Die Friedensrichterinnen und -richter werden gemäss neuem Recht auf den 1. Januar 2008 gewählt.

Art. 19 b) Entschädigungen im Falle einer Nichtwiederwahl

¹ Werden Berufsrichterinnen und -richter nicht wiedergewählt, so haben sie Anspruch auf eine Entschädigung in der Höhe eines Jahresgehalts.

² Die Entschädigung wird jedoch nicht geschuldet, wenn sie aus einem vom Justizrat gebührend festgestellten Abberufungsgrund nicht wiedergewählt werden.

³ Absatz 1 gilt nicht für die Richterinnen und Richter, die den Übergangsbestimmungen des Gesetzes über die Gehälter und die berufliche Vorsorge der Staatsräte, der Oberamtmänner und der Kantonsrichter unterstellt sind.

Art. 20 Aufhebung bisherigen Rechts

Es werden aufgehoben:

- a) Gesetz vom 21. Mai 1873 betreffend die Richter, die sich in der Unmöglichkeit befinden, ihre Amtspflicht zu erfüllen (SGF 131.0.5);
- b) Geschäftsordnung vom 29. Dezember 1967 des Wahlkollegiums (SGF 131.0.12).

Art. 21 Änderung bisherigen Rechts

Folgende Gesetze werden gemäss den Bestimmungen des Anhangs, der Bestandteil dieses Gesetzes ist, geändert:

- 1. Gesetz vom 6. April 2001 über die Ausübung der politischen Rechte (PRG) (SGF 115.1);
- 2. Grossratsgesetz vom 6. September 2006 (GRG) (SGF 121.1);
- 3. Gesetz vom 11. Februar 1873 über die Staatsanwaltschaft (SGF 122.4.1);
- 4. Gesetz vom 6. Oktober 2006 über den Justizrat (JRG) (SGF 130.1);
- 5. Gesetz vom 22. November 1949 über die Gerichtsorganisation (SGF 131.0.1);
- 6. Gesetz vom 22. November 1972 über die Gewerbegerichtsbarkeit (SGF 132.1);
- 7. Gesetz vom 18. Mai 1989 über die Mietgerichtsbarkeit (MGG) (SGF 132.2);
- 8. Gesetz vom 27. November 1973 über die Jugendstrafrechtspflege (SGF 132.6);
- 9. Gesetz vom 26. November 1998 über die fürsorgliche Freiheitsentziehung (SGF 212.5.5);
- 10. Gesetz vom 18. Februar 1986 über das Grundbuch (SGF 214.5.1);
- 11. Gesetz vom 7. November 2003 über die amtliche Vermessung (AVG) (SGF 214.6.1);
- 12. Ausführungsgesetz vom 9. Mai 1996 über den Mietvertrag und den nichtlandwirtschaftlichen Pachtvertrag (MPVG) (SGF 222.3.1);
- 13. Gesetz vom 19. November 1997 über die Universität (SGF 430.1);
- 14. Gesetz vom 23. Februar 1984 über die Enteignung (SGF 76.1);
- 15. Gesetz vom 30. Mai 1990 über die Bodenverbesserungen (SGF 917.1).

Art. 22 Inkrafttreten und Referendum

¹ Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 2008 in Kraft.

² Die Bestimmungen betreffend die Wahl der Richterinnen und Richter (Art. 3–9) treten jedoch am 1. Juli 2007 in Kraft.

³ Dieses Gesetz untersteht dem Gesetzesreferendum. Es untersteht nicht dem Finanzreferendum.

Der Präsident:

J. MORAND

Die Generalsekretärin:

M. ENGHEBEN

ANHANG

Änderung von Gesetzen

Die in Artikel 21 aufgeführten Gesetze werden wie folgt geändert:

1. Gesetz vom 6. April 2001 über die Ausübung der politischen Rechte (PRG) (SGF 115.1)

Art. 49 Abs. 1 Bst. d

[¹ Dem Grossen Rat können nicht angehören:]

- d) die Berufsrichterinnen und -richter sowie die Gerichtsschreiberinnen und -schreiber;

2. Grossratsgesetz vom 6. September 2006 (GRG) (SGF 121.1)

Art. 16 Abs. 1 Bst. b

[¹ Die Justizkommission hat folgende Befugnisse:]

- b) Sie bereitet die richterlichen Wahlen und die Entscheide vor, die die Richterinnen und Richter betreffen.

3. Gesetz vom 11. Februar 1873 über die Staatsanwaltschaft (SGF 122.4.1)

Art. 2 und 3

Aufgehoben

4. Gesetz vom 6. Oktober 2006 über den Justizrat (JRG) (SGF 130.1)

Art. 3 Abs. 1 Bst. d (neu)

[¹ Der Justizrat hat folgende Befugnisse:]

- d) Er übt des Weiteren alle Befugnisse aus, die ihm vom Gerichtsorganisationsgesetz übertragen werden.

5. Gesetz vom 22. November 1949 über die Gerichtsorganisation (SGF 131.0.1)

Art. 4 Abs. 2, 1. Satz, Abs. 3, 1. Satz, und Abs. 4 (neu)

² Der Justizrat ist befugt, den gleichen Richter mit den Funktionen eines Gerichtspräsidenten in zwei Gerichtskreisen zu betrauen. (...).

³ Er ist befugt, mehrere Präsidenten und Vizepräsidenten sowie die Erhöhung der Zahl der Richter und der Ersatzrichter eines Bezirksgerichtes vorzuschlagen. (...).

⁴ Ausnahmsweise kann er in dringenden Fällen einen Präsidenten für höchstens sechs Monate ernennen. Er teilt dies unverzüglich der Justizkommission mit.

Überschrift des II. Kapitels

Wählbarkeit, Ernennungen, Funktionsdauer, Eid

Art. 11 I. Wahl der Richter
 1. Allgemeine Voraussetzungen

Die Wahl der Richter wird in einem Spezialgesetz geregelt.

Art. 13

Aufgehoben

Art. 16 Abs. 1

¹ Die Richter und Ersatzrichter des Kantonsgerichtes werden vom Grossen Rat gewählt.

Art. 18 3. Präsidenten, Richter, Ersatzrichter
 der Bezirksgerichte, Friedensrichter, Beisitzer,
 Ersatzbeisitzer der Friedensgerichte

Die Präsidenten, die Richter und die Ersatzrichter der Bezirksgerichte, die Friedensrichter, die Beisitzer und die Ersatzbeisitzer der Friedensgerichte werden vom Grossen Rat gewählt.

Art. 21–24

Aufgehoben

Art. 51a (neu) 5^{bis}. Weitere Berufsrichter

Die Unvereinbarkeiten gemäss diesem Kapitel sind auch auf Berufsrichter anwendbar, die in den Artikeln 47–50 nicht genannt werden.

Art. 52 Abs. 2

² Der Justizrat kann ausnahmsweise bei den Mitgliedern des Kantonsgerichtes oder bei anderen Richtern oder Mitarbeitern des Gerichtswesens Abweichungen von den Artikeln 47 – 51a gestatten, sofern dadurch der Verwaltung des Gerichtswesens kein Nachteil entsteht.

Art. 69 Abs. 3

Den Ausdruck «Staatsrat» durch «Justizrat» ersetzen.

Art. 70 Abs. 1

¹ Der Vizepräsident des Bezirksgerichts wird vom Grossen Rat gewählt.

Art. 76

Den Ausdruck «Staatsratspräsidenten» durch «Präsidenten des Justizrates» ersetzen.

Überschrift des V. Kapitels

Tätigkeit, Aufsicht und Verantwortlichkeit

Art. 109–114^{ter}

Aufgehoben

6. Gesetz vom 22. November 1972 über die Gewerbegerichtsbarkeit (SGF 132.1)

Überschrift des II. Kapitels des I. Titels

Wählbarkeit

Art. 5 I. Im Allgemeinen

Die Wahl der Stellvertreter der Präsidenten, der Beisitzer und der Ersatzbeisitzer wird in einem Spezialgesetz geregelt.

Art. 6 Artikelüberschrift und Abs. 1

II. Stellvertreter des Präsidenten

¹ Der Stellvertreter des Präsidenten muss Lizentiat oder Master der Rechte sein.

Art. 7 Artikelüberschrift

III. Beisitzer

Art. 8 und 9

Aufgehoben

Art. 10 Abs. 1

¹ Die Unvereinbarkeitsbestimmungen des Gesetzes über die Gerichtsorganisation bezüglich Ausübung eines Amtes oder eines Berufes sind auf die Mitglieder der Gewerbegerichtsbehörden nicht anwendbar.

Art. 18 Artikelüberschrift und Abs. 1

IV. Aufsicht und Verantwortlichkeit

1. Im Allgemeinen

¹ Die Bestimmungen des Gerichtsorganisationsgesetzes über die Funktion und die Aufsicht der Gerichte sind anwendbar. Die Aufsicht über die Richter wird in einem Spezialgesetz geregelt.

Art. 19

Aufgehoben

7. Gesetz vom 18. Mai 1989 über die Mietgerichtsbarkeit (MGG) (SGF 132.2)

Überschrift des Abschnitts II von Kapitel I

II. Wählbarkeit, Unvereinbarkeit und Ausstand

Art. 5 Wählbarkeit

a) Im Allgemeinen

Die Wahl der Stellvertreter der Präsidenten, der Beisitzer und der Ersatzbeisitzer wird in einem Spezialgesetz geregelt.

Art. 6 b) Stellvertreter des Präsidenten

Der Stellvertreter des Präsidenten muss Lizentiat oder Master der Rechte sein.

Art. 7 Abs. 2

Aufgehoben

Art. 8

Aufgehoben

Art. 9 Abs. 1

¹ Die Unvereinbarkeitsbestimmungen des Gesetzes über die Gerichtsorganisation bezüglich Ausübung eines Amtes oder eines Berufes sind auf die Stellvertreter der Präsidenten, die Beisitzer und die Ersatzbeisitzer nicht anwendbar.

Art. 17 Aufsicht und Verantwortlichkeit

Die Bestimmungen des Gerichtsorganisationsgesetzes über die Tätigkeit der Gerichte und die Aufsicht über sie sind anwendbar. Die Aufsicht über die Richter wird in einem Spezialgesetz geregelt.

Art. 18

Aufgehoben

Art. 33a

Betrifft nur den französischen Text.

8. Gesetz vom 27. November 1973 über die Jugendstrafrechtspflege (SGF 132.6)

Überschrift des II. Kapitels des ersten Titels

Wählbarkeit und Amtsdauer

Art. 4 Abs. 1

¹ Die Wahl der Mitglieder der Kammer wird in einem Spezialgesetz geregelt.

Art. 6 Abs. 2 (neu)

² Er [der Gerichtsschreiber] leistet den Eid vor dem Präsidenten.

Art. 7 und 8

Aufgehoben

Art. 9 Abs. 2, 2. Satz

² (...). Der Artikel 51a des Gerichtsorganisationsgesetzes bleibt vorbehalten.

Überschrift des V. Kapitels des ersten Titels

Aufsicht und Verantwortlichkeit

Art. 17

Die Bestimmungen des Gerichtsorganisationsgesetzes über die Tätigkeit der Gerichte und die Aufsicht über sie sind anwendbar. Die Aufsicht über die Richter wird in einem Spezialgesetz geregelt.

Art. 18

Aufgehoben

9. Gesetz vom 26. November 1998 über die fürsorgerische Freiheitsentziehung (SGF 212.5.5)

Art. 17 Abs. 3

³ Die Mitglieder der Aufsichtskommission werden so ausgewählt, dass die Kommission Fälle in beiden Amtssprachen behandeln kann.

10. Gesetz vom 18. Februar 1986 über das Grundbuch (SGF 214.5.1)

Art. 8 Artikelüberschrift und Abs. 1, 3 und 4 (neu)

1. Zusammensetzung

¹ Die Aufsichtsbehörde über das Grundbuch setzt sich aus drei Mitgliedern und drei Ersatzmitgliedern zusammen; die Wahl wird in einem Spezialgesetz geregelt.

³ Die Aufsichtsbehörde ist der Direktion administrativ zugewiesen. Für die Aufsicht über die Organisation und die Tätigkeit ist jedoch gemäss Spezialgesetzgebung der Justizrat zuständig.

⁴ Das Ausführungsreglement regelt die Organisation der Aufsichtsbehörde.

Art. 10 Abs. 3

³ Sie [die Aufsichtsbehörde] erstattet dem Staatsrat jährlich Bericht über die Grundbuchführung im Kanton sowie dem Justizrat Bericht über ihre Organisation und Funktion.

11. Gesetz vom 7. November 2003 über die amtliche Vermessung (AVG) (SGF 214.6.1)

Art. 6 Abs. 2 und 3

² Die Kommission [die Rekurskommission für neue Parzellarvermessung] setzt sich zusammen aus einer Präsidentin oder einem Präsidenten und einer Vizepräsidentin oder einem Vizepräsidenten, die im Besitz eines Lizentiats oder Masters der Rechte sind, sowie sechs Beisitzerinnen und Beisitzern, die eidgenössisch patentierte Ingenieur-Geometerinnen oder Ingenieur-Geometer sind.

³ Die Sekretärin oder der Sekretär und deren Stellvertreterin oder Stellvertreter müssen im Besitz eines Lizentiats oder Masters der Rechte sein.

Art. 7 Abs. 2

² Sie [die Rekurskommission für neue Parzellarvermessung] untersteht der Aufsicht des Justizrates und erstattet dieser Behörde jährlich Bericht gemäss der Spezialgesetzgebung.

12. Ausführungsgesetz vom 9. Mai 1996 über den Mietvertrag und den nichtlandwirtschaftlichen Pachtvertrag (MPVG) (SGF 222.3.1)

Art. 3 Abs. 2

² Die Kommissionsmitglieder werden gemäss der Spezialgesetzgebung gewählt. Die betroffenen Kreise werden vorgängig angehört.

Art. 5

Aufgehoben

13. Gesetz vom 19. November 1997 über die Universität (SGF 430.1)

Art. 40 Rekurskommission a) Zusammensetzung

¹ Die Rekurskommission setzt sich aus einem Präsidenten, einem Stellvertreter des Präsidenten, sechs Beisitzern und sechs Ersatzbeisitzern zusammen; ihre Wahl wird in einem Spezialgesetz geregelt.

² Der Präsident und sein Stellvertreter sind Mitglieder der Justiz.

³ Zwei Beisitzer und zwei Ersatzbeisitzer werden aus der Professorenschaft, zwei Beisitzer und zwei Ersatzbeisitzer werden aus den wissenschaftlichen Mitarbeitern und zwei Beisitzer und zwei Ersatzbeisitzer werden aus den Studierenden gewählt. Der Senat schlägt die Bewerbungen vor, nachdem er die jeweiligen Körperschaften angehört hat.

Art. 42 Abs. 2

² Sie [die Rekurskommission] untersteht der Aufsicht des Justizrates und erstattet dieser Behörde jährlich Bericht gemäss der Spezialgesetzgebung.

14. Gesetz vom 23. Februar 1984 über die Enteignung (SGF 76.1)

Art. 3 Abs. 1 und 2

¹ Es wird eine Enteignungskommission (die Kommission) gebildet, die sich aus einem Präsidenten, zwei Vizepräsidenten und fünfzehn Beisitzern zusammensetzt. Die Wahl ihrer Mitglieder wird in einem Spezialgesetz geregelt.

² Die Kommission verfügt über zwei Sekretäre, die auf Vorschlag des Präsidenten und der Vizepräsidenten für fünf Jahre vom Staatsrat ernannt werden.

Art. 3a Abs. 2

² Sie [die Enteignungskommission] untersteht der Aufsicht des Justizrates und erstattet dieser Behörde jährlich Bericht gemäss der Spezialgesetzgebung.

Art. 4 Abs. 1

Aufgehoben

**15. Gesetz vom 30. Mai 1990 über die Bodenverbesserungen
(SGF 917.1)**

Art. 204 Abs. 1, 2 und 3

¹ Die Kommission [*die Rekurskommission für Bodenverbesserungen*] besteht aus einem Präsidenten, einem Vizepräsidenten und neun Beisitzern; ihre Wahl wird in einem Spezialgesetz geregelt.

² Der Sekretär und sein Stellvertreter werden vom Staatsrat für fünf Jahre ernannt.

³ Der Präsident und der Vizepräsident müssen ein Lizentiat oder einen Master der Rechte haben.

***Art. 205* Organisation der Kommission**

¹ Die Kommission ist in der Ausübung ihrer Befugnisse unabhängig.

² Sie ist der Direktion administrativ zugewiesen. Für die Aufsicht über die Organisation und die Tätigkeit ist gemäss der Spezialgesetzgebung jedoch der Justizrat zuständig.